

Feuilleton

Die Kritik ist der Tod des Königs.“ Reinhart Koselleck konnte die Macht der Kritik, um mit Karl Kraus zu sprechen, nicht hoch genug überschätzen. In „Kritik und Krise“, seiner Dissertation von 1954, erscheint sie als zerstörerische Gewalt, angetrieben von ehren Absichten und wohlfeilen Selbstlügen der Aufklärer. Sie steht am Ursprung der „Pathogenese der bürgerlichen Welt“ – und hat mehr als nur den König auf dem Gewissen.

Koselleck gibt der Kritik, angelehnt an Carl Schmitts staatsrechtliche Sprache, die Hauptschuld am modernen „Bürgerkrieg“, das heißt an der angeblichen Dauerkrise, die den europäischen Staat seit der Französischen Revolution im Griff habe. Seine Geschichte der Kritik im achtzehnten Jahrhundert ist eine Genealogie der Nachkriegszeit – der „gegenwärtigen Weltkrise, bestimmt durch die polare Spannung der Weltmächte Amerika und Russland“, wie er schreibt. Liberalismus, Kommunismus und Faschismus erhalten eine gemeinsame Ursache und eine gemeinsame Wirkung. Sie sind Kindeskinder der aufklärerischen Kritik und haben Europas Bürgerkrieg zu einem Weltbürgerkrieg ausgeweitet.

Kosellecks „Kritik und Krise“ liest sich sechzig Jahre danach selbst wie ein historisches Zeugnis aus einem kritischen Zeitalter. So negativ die Konsequenzen der Kritik nämlich dargestellt sind, sie selbst erscheint als ungeheure Macht. Bei Koselleck erhebt die Kritik Menschen, die weder über politische Erfahrung noch über institutionelle Autorität verfügen, zu Richtern über die Machträger im Staat. Diese Menschen sind Gelehrte, und ihre Waffe ist die Feder. Koselleck beschreibt die Autoren der Aufklärung als neue Gegenmacht zum Staat. Sie unterwerfen Könige und Minister ihrem moralischen Urteil. Fatal daran ist in seinen Augen, dass ihre Moral dem politischen Handeln fremd ist. Ihre Werte lassen sich gar nicht in die politische Praxis umsetzen. Stattdessen setzen sie eine utopische Energie frei, die den westlichen Staat in eine permanente Krise stürzt.

Warum wirkt diese Darstellung im Jahr 2014 wie aus einer anderen Zeit? An Kosellecks Krisendiagnose kann es kaum liegen, denn mit der Bankenkrise nach 2007 und mit der Staatsschuldenkrise seit 2009 haben sich alle Stabilitätsillusionen über die spätmoderne Demokratie, die nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes besser den je gedeihen konnten, verflüchtigt. Der Grund für die Unzeitgemäßheit des Buches ist vielmehr in der Irrelevanz der Kritik und in der Inexistenz des utopischen Denkens vor und nach dem Ausbruch der Krise zu suchen. Zwar gab es schon in den Boomzeiten vor 2007 viel Polemik gegen die Löhne und Gewinne in der Finanzindustrie, aber sie war gekennzeichnet von einer politischen Zahnlosigkeit, die den kritisierten Personen und Institutionen nichts anhaben konnte. Die Instabilität der Finanzindustrie mochte eine Menge Ursachen haben, die medial vorgetragene Moralkritik am Gebaren ihrer Exponenten gehörte nicht dazu.

Noch eklatanter war die Plan- und Machtlosigkeit der öffentlichen Kritik nach dem Ausbruch der Krise. Protestbewegungen wie Occupy Wall Street scheiterten schon daran, dass sie keine praktikable Reformidee, geschweige denn eine attraktive Utopie anzubieten hatten. Die Aktionen, die sie vor den Eingangsportalen der Bankenpaläste durchführten, beschränkten sich auf moralische Gemeinplätze und symbolische Unmutsbekundungen. Es war in erster Linie eine Demonstration von uninspirierter Harmlosigkeit. Die entscheidenden Reformdiskussionen wurden seit 2007, wenn sie denn überhaupt stattgefunden haben, nicht in der Öffentlichkeit, sondern hinter verschlossenen Türen geführt, und zwar in denselben Institutionen, die bereits vor der Krise die Finanzpolitik bestimmt haben.

Zwar wäre es zu einfach, die Krisenbewältigung mit den Krisenversuchern gleichzusetzen. Aber jene, die für die Sta-

Wer fürchtet noch Kritik?

Moral statt Sinn für politische Realitäten, das war für den Historiker Reinhart Koselleck die Ursache der modernen Dauerkrise. Was sagt uns seine These heute? *Von Caspar Hirschi*



Einleuchtend nackt: Jules Lefebvre „Die Wahrheit“, von 1870

Foto akg

bilität des Finanzsystems vor der Krise verantwortlich waren, sind es auch nach der Krise geblieben. Das gilt für die Regulierungsbehörden, Zentralbanken, Ratingagenturen und Großbanken, und es gilt, wenn man die Bildungshintergründe und Berufswege betrachtet, ebenfalls für die Personenkreise an den Spitzen dieser Organisationen.

Im Namen der Komplexität der Krise hat sich eine internationale Kabinetts-politik entwickelt, deren Entscheidungsträger nur insoweit auf eine öffentliche Kommunikation angewiesen sind, als sie die Märkte von der Richtigkeit ihres Tuns und Lassens überzeugen müssen. Wenn sich Koselleck tatsächlich eine Politik gewünscht hat, die von den moralischen Fesseln der öffentlichen Kritik befreit sein soll: Hier und heute hätte er sie!

Dass sich „Kritik und Krise“ mittlerweile wie ein historisches Dokument liest, liegt allerdings nicht allein an Kosellecks Hochstilisierung der Kritik zum Monstrum moderner Machtausübung. Noch stärker dürfte ins Gewicht fallen, dass sich Koselleck auf die Schultern derjenigen setzt, denen er den Boden unter den Füßen wegziehen will. Er macht sich zum Aufklärer der Aufklärer, zum Kritiker der Kritik. Sein Buch ist ein Angriff mit den Waffen des Gegners.

In bester aufklärerischer Manier verbindet er die epistemische Kritik mit einem moralischen Verdikt. Er behauptet, die Aufklärung sei „proportional zu ihrem Prozeß der Entlarvung politisch verblindet“, weil ihre Exponenten die „Entfesselung des Bürgerkrieges“ nur als „Erfüllung moralischer Postulate“ wahrgenommen hätten. Für den Wechsel von der epistemischen zur moralischen Ebene genügt der Tausch eines Buchstabens: Aus „verblindet“ wird „verblendet“. Die stete Entlarvung der anderen habe „zur Verblendung des Entlarvers selbst“ geführt. Von da aus ist der Weg nicht mehr weit zum moralischen Todesurteil für jeden Gelehrten, jenem der „prinzipiellen Verlogenheit“, die der Preis gewesen sei für die überbordende Anmaßung und unterentwickelte Einsicht der Aufklärer. Am deutlichsten tritt das epistemisch-moralische Doppelargument in der Formulierung hervor, die Kritik sei zur Hypokrisie „verdummt“.

Das Austeilen mit den Waffen der Angegriffenen geht bei Koselleck über die Ausführungen zur Kritik hinaus. Sein historisches Langzeitargument lautet, der aufklärerische Moralismus habe sich mangels Praxisauglichkeit eine politische Ersatzbühne in der Geschichtsphilosophie geschaffen: „Aus der Kritik entspringt die Geschichtsphilosophie, die Kritik ist der Vorbote der Krise.“ An der Geschichtsphilosophie macht Koselleck die „utopische Zukunftsplanung“ fest, von der aus die moderne Zerstörungspolitik bis in den Kalten Krieg ihren Lauf genommen habe. Die Geschichtsphilosophie steht für die Steigerung eines realitätsfernen Denkens, das dadurch noch verheerender auf die Realität zurückgewirkt habe.

Freilich hat sie auch auf Kosellecks eigenes Denken zurückgewirkt. Seine Entwicklungstheorie ist ein Musterbeispiel an geschichtsphilosophischer Dialektik, im Großen wie im Kleinen. Der Absolutismus erscheint in seiner vermeintlichen Säkularität, Stabilität und Amoralität als Antithese zu den Religionskriegen, die Aufklärung in ihrer vermeintlichen Bürgerlichkeit, Unstetigkeit und Verlogenheit als Antithese zum Absolutismus.

Die Aufklärung selbst wirkt wie ein einziges Geflecht aus dialektischen Paarbeziehungen. Koselleck spricht von einer Antithetik zwischen „Geheimnis und Aufklärung“, „Entlarvung und Mystifikation“, „Moral und Politik“, „Mensch und Fürst“ und „Staat und Gesellschaft“. Die dialektischen Gegenüberstellungen erfüllen abermals eine entlarvende Funktion, kann Koselleck mit ihnen doch jedes Ideal der aufklärerischen Sprache in dessen Gegenteil verkehren.

Für Koselleck war die Kritik unvereinbar mit den Bedürfnissen der Realpolitik. Offenbar hat er sich den idealen Realpoli-

tiker wie einen Feldherrn vorgestellt, der seine Truppen unter kühler Prüfung aller Optionen und in souveräner Nichtbeachtung außermilitärischer Gesichtspunkte zum größtmöglichen Erfolg führt. Politik in seinem Verständnis ist etwas, das in Strategieräumen gemacht werden muss, in tatfreudiger Abfolge von mündlichen Beratungen und Befehlen. Feder, Tinte und Papier haben an diesen Orten nichts zu suchen, es sei denn, sie fangen die politischen Früchte der freien Entscheidungsgewalt für die Nachwelt ein.

Die Ironie von Kosellecks Vorstellung ist, dass eine Politik solcher Art nur dort existiert, wo Feder und Papier das alleinige Sagen haben. Sie ist eine Studierstufenphantasie von antiintellektuellen Intellektuellen, die sich die Politik als muskulös-maskuline Gegenwelt zu ihrer eigenen, vermeintlich verweiblichten Existenz imaginieren. Das Konzept der „Realpolitik“ entstammt einem Idealismus reinsten Wassers.

Politisches Handeln war in der Geschichte der letzten dreihundert Jahre mehr denn je auf die Aneignung und Anwendung herrschaftsdienlichen Wissens ausgerichtet. In diesem Kontext ist der Aufstieg der Kritik zu einem Merkmal moderner Politik zu sehen. Grundlegend für ihren politischen Erfolg wurde die Verknüpfung der Prüfung mit dem Anspruch auf Verbesserung. Das eigentliche Ziel der Kritik war die Korrektur.

Dass die Verknüpfung von Kritik und Korrektur vom achtzehnten Jahrhundert an im Bereich des politischen Handelns praktikabel erschien, lag wesentlich an ihrer Herleitung aus der Philologie. Hier hatte sich das Verfahren zuerst im Editions- und dann im Rezensionswesen etabliert und das Versprechen eines Wissenswachstums durch Wissensreinigung eingelöst. In der Philologie wurzelte auch die Vorstellung, dass Kritik dann besonders nützlich sei, wenn sie öffentlich geübt werde. Für diese Vorstellung war die Analogie mit dem Gericht als öffentlichem und offiziellem Wahrheitsfindungsverfahren wegweisend. Texte wurden „Zeugen“, Kritiker „Advokaten“, die Öffentlichkeit „Richterin“.

Das Konzept der öffentlichen Kritik musste den Herrschaftseliten des Ancien Régime nicht von außen aufgeötigt werden. Es war ihnen schon früh in moderatem Maße willkommen, sei es, um wertvolles Wissen zu generieren, sei es, um politische Gegner zu diffamieren. Entsprechend drehten sich im achtzehnten Jahrhundert die meisten Auseinandersetzungen über Kritik nicht darum, ob sie grundsätzlich erlaubt sei oder nicht, sondern darum, wie weit sie gehen dürfe. Die Fronten verliefen dabei nicht zwischen den Machteliten und Kritikern, sondern mitten durch beide Gruppen hindurch.

Die aufklärerische Kritik konnte sich nur entfalten, weil Akteure aus dem Staatsapparat und dem Hofadel Kritiker protegierten und ihre Publikationen tolerierten. Viele Autoren, gerade jene aus dem Umfeld der „Encyclopédie“, verschleierten die Staatspatronage, die sie genossen, gern, um sich als unabhängige Gegenmacht zur Staatsmacht inszenieren zu können. Koselleck ist dieser Selbstdarstellung auf den Leim gegangen, hat er doch in seinem Bemühen, die aufklärerischen Kritiker der Verblendung zu überführen, ihrem Rollenverständnis keine realitätsgerechtere Beschreibung entgegengestellt, sondern bloß die positive Wertung durch eine negative ersetzt.

Öffentliche Kritik kann dann Einfluss auf den Gang der politischen Ereignisse ausüben, wenn ihre Autoren von den Herrschaftseliten zugleich gefördert und gelesen werden, ohne ihnen deswegen nach dem Mund reden zu müssen. Diese Möglichkeitsbedingung galt fürs achtzehnte Jahrhundert, und sie dürfte noch im 21. Jahrhundert ihre Geltung haben. Die heutige Wirkungslosigkeit der Kritik sagt daher nicht nur etwas über den Zustand der geistigen, sondern auch der politischen Elite aus.

Caspar Hirschi lehrt Geschichte an der Universität St. Gallen.

Rumms

Der größte in den letzten zwanzig Jahren praktisch erschlossene Vorteil vernetzter Rechner für die Wirtschaft, die Medizin, die Verwaltung und alles, was sonst noch Menschen angeht, ist das Staunen erregende Vermögen solcher Systeme, immense Datenmengen rasch und mit großer Trennschärfe wie Vergleichssicherheit zueinander in Beziehung zu setzen. Versucht unsereins Ähnliches, passen immer nur wenige Nachrichten in den biologischen Arbeitsspeicher – zum Beispiel die beiden in den letzten Tagen vieldiskutierten Informationen, dass einerseits das Genfer Kernforschungszentrum CERN bei seinen nächsten Versuchen am großen Hadronenspeicher den Energieaufwand, mit dem es bislang Teilchen gegen andere Teilchen schleuderte, fast verdoppeln will und dass andererseits die Stadt Hamburg sich als erste Kommune in Europa von der IT-Firma Cisco eine „smarte Straße“ einrichten lässt, auf der das modische „Internet der Dinge“, sprich: ein Gewirr und Gewurstel aus allerlei Sensoren, Kameras und Software von Cisco, Philips und AGT, den Verkehr studieren und optimieren soll. Da werden nun also Computer eingesetzt, um sowohl in der Schweiz das Quark-Gluonen-Plasma wie in Hamburg Autofahrer beim Nasebohren zu beobachten. In beiden Fällen wird neben zeitgemäßen Energiefragen (wirtschaftlichere Straßenbeleuchtung in Hamburg, schmalere Strahlen nahe Genf) von Seiten der jeweils Verantwortlichen auch über Sittliches nachgedacht: Man verspricht, die Privatsphäre der Neutrinos und die vorteilhaftere Gesichtshälfte des attraktiven Beifahrers im Auge zu behalten. Faktum ist, dass dieselbe Sorte von Maschinen uns beim Verstehen des Urknalls wie der Vorfahrtspraxis hilft, aufgrund des Umstands, dass diese Apparate Dinge schneller vergleichen als wir und Neues zur Kenntnis nehmen können, ohne es dabei immer gleich zu bewerten, wie wir das aus evolutionären Gründen leider meist tun – es sei denn, wir schaffen es, über Ausnahmephänomene so computercool zu reden wie die CERN-Presseabteilung, die bekannt gibt: „Unser Ziel sind mehr Kollisionen. Mehr Kollisionen bedeuten nämlich, es gibt mehr zu sehen, und das fördert das Verständnis.“ Wenn allerdings die Aufsicht über die experimentelle smarte Straße in Hamburg ähnlich denkt, dann sollte man – mit jener adaptiven Intelligenz, die uns artifizielle Systemarchitekturen als unsere neueste Umwelt zunehmend abverlangen – Hamburger Ampeln und Verkehrsschilder in Zukunft mit gesundem Misstrauen beachten. dda

Golfkultur

Offener Brief nach Abu Dhabi

In einem offenen Brief haben gut sechzig Kunstschaffende aus aller Welt die Vereinigten Arabischen Emirate dazu aufgefordert, die Reise- und Redefreiheit zu achten. Damit reagieren sie darauf, dass im Frühjahr den Künstlern Walid Raad, Ashok Sukumaran und Andrew Ross von der New York University die Einreise nach Dubai „aus Sicherheitsgründen“ verweigert worden war. Der Brief, zu dessen Unterzeichnern auch die Direktoren der Londoner Tate und des New Yorker Museum of Modern Art, Nicholas Serota und Glenn Lowry, sowie Hila Peleg, Kuratorin der Documenta 14, gehören, richtet sich auch an Institutionen wie das Guggenheim Museum und den Louvre, die bei der Bebauung des künftigen Kulturviertels „Saadiyat Island“ in Abu Dhabi eng mit den Emiraten zusammenarbeiten. Scheinbar, so heißt es in dem Brief, hingen die Einreiseverweigerungen mit dem Engagement der drei Kunstschaffenden in dem Projekt „Gulf Labor“ zusammen. „Gulf Labor“ untersucht seit 2010 die Arbeitsbedingungen auf den Baustellen von „Saadiyat Island“ und fordert immer wieder, die Situation der Arbeiter zu verbessern. Die Kunstinstitutionen werden in dem Brief aufgefordert, sich für eine Aufhebung der Einreiseverbote einzusetzen. Bisher, so der libanesische Künstler Walid Raad gegenüber dieser Zeitung, gebe es von diesen Häusern keine Reaktion. Seinen nächsten Bericht wird das „Gulf Labor“ am 29. Juli auf der Biennale in Venedig vorstellen. lbo

Äkschn GmbH

Clemens Meyer hält Poetikdozentur

Clemens Meyer übernimmt zum Sommersemester die Poetikdozentur an der Frankfurter Goethe-Universität. Der Schriftsteller gibt unter dem Titel „Der Untergang der Äkschn GmbH“ bis Anfang Juli Einblick in seine literarische Arbeit. Die Antrittsvorlesung held 1977 in Halle geborene und heute in Leipzig lebende Autor am 9. Juni auf dem Campus Westend. Meyer wurde 2006 mit seinem autobiographisch grundierten Roman „Als wir träumten“ berühmt, der von Andreas Dresen verfilmt wurde. Als Poetikdozent folgt Meyer auf den Komponisten Wolfgang Rihm und den Filmregisseur Dominik Graf. F.A.Z.

Wenn die historische Erinnerung zum Kampfplatz wird

Konkurrenz der Opfer: Der russische Historiker Alexej Miller sondiert die geschichtspolitischen Konfrontationen in Osteuropa

Siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird Europa vom Krieg der Erinnerungskulturen heimgesucht. In den baltischen Ländern und in Polen, die nach Kriegsende Teil des sowjetischen Imperiums wurden, denkt man an den Überfall Hitlers auf Stalin als Vernichtungskampf zweier gleich schrecklicher Totalitarismen zurück, was durch den seit 2009 begangenen Tag der Opfer des Hitler- und des Stalinregimes bestätigt zu werden scheint. In der kulturell tief gespaltenen Ukraine, die sich seit ihrer Westorientierung als Opfer des einstigen Bruderlands Russland sieht, wurde der ukrainische Partisanenführer Stepan Bandera, der mit den Nationalsozialisten kollaborierte, ein Nationalheld. Russland dagegen betreibt mit Militärparaden und allgegenwärtigen Georgsbändchen einen immer aggressiveren Kult seines Sieges über den westeuropäischen Faschismus, an dessen Wiederauferstehung mit ukrainischem Gesicht nicht wenige Russen ernsthaft zu glauben vorgeben.

Für die Misere sind osteuropäische Politiker entscheidend mit verantwortlich, argumentiert der russische Historiker Alexej Miller, der an der Petersburger Europäischen Universität und an der Mitteleu-

ropäischen Universität in Budapest lehrt. In einem Beitrag über die derzeitigen Gedächtniskonflikte in Europa in der kremlkritischen „Nowaja Gaseta“ erinnert Miller daran, dass der Ausdruck Geschichtspolitik für die politische Instrumentalisierung von Geschichte im deutschen Historikerstreit während der achtziger Jahre geprägt wurde und damals abwertend gemeint war. In den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU, insbesondere in Polen, gelte Geschichtspolitik (Polityka historyczna), also die Instrumentalisierung der Historie für den politischen Kampf mit Nachbarländern, dagegen als nützlich und legitim, nicht zuletzt im Dienst von Mythen, die die Nation einen sollen, so Miller. Russlands geschichtspolitische Vorstöße, die 2009 eingesetzte „Kommission zum Kampf gegen Geschichtsfälschungen“, das Stalin verharmlosende Geschichtsbuch von Danilow und Filippow, seien die Antwort auf Initiativen der Polen und Balten gewesen. Besonders traurig findet es der Wissenschaftler, dass der russische Präsident Putin sich wieder die altsowjetische Apologie des Molotow-Ribbentrop-Paktes zu eigen gemacht hat, nachdem er noch 2009 vor seinem Polen-Besuch als Premiermi-

nister in der „Gazeta Wyborcza“ schrieb, es gebe gute Gründe, ihn zu verdammen. Bei der damaligen Annäherung der zwei Länder habe Putin signalisiert, dass auch Russland eine historische Teilschuld akzeptieren wolle. Jetzt reagiere er in der aktuellen geschichtspolitischen Konfrontation hart, aber symmetrisch.

Der Geschichtskrieg zerfrisst die russische Wissenschaft, klagt Miller. In den neunziger Jahren galten den Russen Imperien pauschal als Inbegriff des Bösen, heute werde umgekehrt der russische imperialistische Staat sakralisiert. Zwei offiziöse historische Gesellschaften unter Duma-Sprecher Naryschkin und Kulturminister Medinski kontrollieren den öffentlichen Diskurs. Die Staatspropaganda stilisiert die russische Geschichte zum Dauerkampf gegen den Westen und die besetzte Krim zum Ort von Russlands Christianisierung. Historiker, die dem widersprechen, wie Andrej Subow von der Diplomatenhochschule Mgmio oder Juri Piwowarow von der Akademie der Wissenschaften, werden dafür verfolgt.

Diese Entwicklung wurde nach Ansicht von Miller auch dadurch in Gang gesetzt, dass das Ethos der Verantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg abgelöst wurde durch den Opferkonkurrenz-

kampf. Vor der Ost-Erweiterung der Europäischen Union galt der Holocaust als das Zentralverbrechen, das die Deutschen begangen hatten, freilich nicht ohne Mithilfe aus anderen europäischen Ländern. Die Mitteleuropäer sahen sich aber als Opfer von Krieg und Stalinismus, von Mitverantwortung wollten sie nichts wissen. Dabei sei der jüdische Teil seiner Familie in der Synagoge der weißrussischen Stadt Slonim von lettischen Schergen der Waffen-SS bei lebendigem Leib verbrannt worden, erklärt Miller.

Dennoch dulden die Europäer die SS-Märsche in Riga oder den Kult um die galizische Waffen-Grenadier-Division der SS, als seien bei den Nürnberger Prozessen nur die „schlechten“ SS-Einheiten verurteilt worden. Man könne die Kollaborateure zu verstehen versuchen, sollte die Überlebenden nicht vors Gericht zerren, meint Miller, doch Nationalhelden aus ihnen zu machen, das sei inakzeptabel.

Symptomatisch findet er das Leugnungsverbot der von Stalin künstlich erzeugten Hungersnot, des Holodomor, das in der Ukraine strafgesetlich verankert wurde, nach dem Vorbild des deutschen Verbots der Holocaustleugnung. Doch Zweck und Pathos des Holocaustleugnungsverbots sei, so Miller, dass Deutsch-

land sich nicht aus der Verantwortung stehlen dürfe. Ein Pendant dazu wäre, wenn beispielsweise Russland die Leugnung der Deportation der Tschetschenen und Krimtataren verbieten würde, die Ukraine die des Wolhynien-Massakers ukrainischer Nationalisten an Polen oder die Türkei die des Völkermords an den Armeniern – Dinge, die nicht in Sicht sind. Doch die gesetzliche Zementierung eines nationalen Opferstatus sei Teufelszeug.

An positive Sujets in der Vergangenheit anknüpfen, wie es zwischen Russland und Deutschland gelang, das würde Europa voranbringen, mahnt Miller, den es betrübt, dass die Deutschen, bis vor kurzem in Russland die beliebtesten Ausländer, fast so unbeliebt geworden sind wie die Amerikaner. Und dass er manchmal geschichtspolitischen Diagnosen extrem unangenehmer Politiker zustimmen müsse. Offenbar hätten auch die europäischen Intellektuellen versagt, wenn auf dem Kontinent echter Austausch, Wahrnehmungsbereitschaft für Probleme der anderen aufgekündigt würden, Scheinkommunikation vor allem dem Sich-ins-Recht-Setzen diene und die Gesellschaft in selbstgerechte, sich gegeneinander abschottende Kleinwelten zerfalle. KERSTIN HOLM